

## ZIVILGESELLSCHAFT

# Nationale Engagementstrategie

### Zum EU-Jahr der Freiwilligentätigkeit

Das Jahr 2011 wurde von der EU als Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft ausgerufen. In diesem Zusammenhang beschloss das Bundeskabinett Ende 2010 die erste Nationale Engagementstrategie. Mit der nationalen Strategie, die zwischen den Bundesministerien beraten und abgestimmt wurde, soll auf die wachsende Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements reagiert werden. Die Handlungsfelder basieren dabei auf Empfehlungen des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation. Die Bundesregierung begreift die Strategie als Leitfaden für eine lebendige Bürgergesellschaft und macht mit ihrer Initiative Angebote zur weiteren Vernetzung und zum Informationsaustausch. Die engagementpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung werden unter der Federführung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) koordiniert, wobei folgende Ziele vereinbart sind:

- bessere Abstimmung engagementpolitischer Vorhaben zwischen Bund, Ländern und Kommunen,
- größere Anerkennung und Wertschätzung der Leistungen von freiwillig Engagierten,
- bessere Rahmenbedingungen für das freiwillige Engagement.

### Rolle der Bildung

Die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) hat neben anderen Verbänden zu der jetzt beschlossenen Engagementstrategie Stellung genommen (Wortlaut im Netz unter: [www.kbe-bonn.de](http://www.kbe-bonn.de)). Sie begrüßt, dass die Bundesregierung die Förderung freiwilligen und ehrenamtlichen Engagements unterstützen

will und dazu eine eigene Engagementstrategie entwickelt hat. Die KBE legt jedoch Wert darauf, dass mit der Umsetzung der Strategie wirklich das vielfältige Engagement der Bürger und Bürgerinnen gefördert wird und keine Auswahl bestimmter, gerade regierungserwünschter und -konformer Engagementformen stattfindet. Der in der Engagementstrategie genannten hohen Bedeutung von Bildungsangeboten für das bürgerschaftliche Engagement müsse auch in der Praxis Rechnung getragen werden. »Aufgrund unserer Erfahrungen als eine durch Ehrenamtliche getragene und Ehrenamtliche qualifizierende Organisation können wir nur unterstreichen, wie wichtig Qualifizierungs- und Unterstützungsangebote sind. Sie helfen, dass sich Ehrenamtliche nicht überfordert oder ausgenutzt fühlen«, so der KBE-Vorsitzende Bertram Blum, der weiter ausführte: »Allerdings gelingt bürgerschaftliches Engagement und die Unterstützung von freiwillig Tätigen nicht im luftleeren Raum, sondern es braucht auf allen Ebenen eine infrastrukturelle, verbindliche Förderung, so auch von den in diesem Bereich aktiven Bildungsträgern auf Bundesebene.«

Die KBE kritisiert in ihrer Stellungnahme besonders, dass viele Hemmnisse und langjährige Forderungen von Verbänden sich nicht in der nationalen Strategie wiederfinden. So hätten die Umsetzung von G8, die Bachelor- und Masterstudiengänge sowie die Personalkürzungen in Unternehmen und öffentlicher Verwaltung zu einer großen zeitlichen Belastung vieler Menschen beigetragen, was sich auch in der Wahrnehmung des Ehrenamtes widerspiegeln würde. Wollte man das bürgerschaftliche Engagement ernsthaft fördern, dürften diese Zusammenhänge nicht

ausgeklammert werden. Im krassen Widerspruch zu der von der Bundesregierung genannten Bedeutung der politischen Bildung stünden übrigens die von der Bundesregierung beschlossenen Kürzungen bei der Bundeszentrale für politische Bildung. Ebenso fehlten Konzepte zur Entbürokratisierung, zur Angleichung der unterschiedlichen Aufwandspauschalen für ehrenamtliche Tätigkeiten und die Klärung steuerrechtlicher Fragestellungen.

Für den Bundesausschuss Politische Bildung (bap), in dem die Träger der außerschulischen politischen Bildung, darunter auch die KBE, zusammenarbeiten, hatte der Vorsitzende Lothar Harles Ende 2010 eine Erklärung abgegeben (s. auch die Homepage: [www.bap-politischebildung.de](http://www.bap-politischebildung.de); weitere Stellungnahmen aus der außerschulischen Bildung finden sich im neuen »Journal für politische Bildung«, dessen erste Nummer im März 2011 erschienen ist). Der Bundesausschuss begrüßte ebenfalls die Absicht der Regierung, durch die Entwicklung einer solchen Strategie die vielfältigen Bemühungen Einzelner wie auch sozialer Gruppen, ihren Beitrag für die Gemeinschaft und das Gemeinwohl zu leisten, stärker zur Kenntnis zu nehmen und zu unterstützen. Aus Sicht des bap weist das vorgelegte Konzept eine Reihe positiver und interessanter Ansätze auf. Einige wichtige Punkte seien jedoch nur unzureichend ausgeführt oder fehlten ganz. In seiner Stellungnahme greift der bap einige Aspekte heraus, wobei er besonders auf die Rolle der Bildung Bezug nimmt.

Er bekräftigt die Einschätzung der Bundesregierung, dass Engagement mit gesellschaftlichem Bezug auch immer eine gute Gelegenheit sei, sich selbst in informeller Weise zu bilden, und dass die Vorstellung nicht haltbar sei, Engagement komme gewissermaßen von selbst und müsse nur unterstützt werden. Es bedürfe vielmehr auch aus der Gesellschaft heraus gezielter Bemühungen, zum Engagement zu motivieren und die Menschen in ihrem Engagement zu begleiten: »Gezielte Maßnahmen von informeller und nichtformaler Bildung sind angebracht.

Für die Träger von Angeboten der politischen Bildung ist es selbstverständlich, Menschen nicht nur über gesellschaftliche und politische Themen zu informieren, sondern sie vielmehr zu eigenen Aktivitäten und längerfristigem Engagement zu motivieren. Auch viele andere Bildungsträger und Initiativen sind in diesem Sinne aktiv.«

## Staatliche Förderung

Der Bundesausschuss begrüßte ferner die Absicht der Bundesregierung, ihre eigenen Aktivitäten aus den verschiedenen Ressorts zu bündeln und koordiniert zu bearbeiten. Grundsätzlich sollten, so der bap, geeignete Rahmenbedingungen für das Engagement geschaffen und erhalten werden. Die staatlichen Aktivitäten beschränkten sich aber nicht auf diese Absicht, sondern gingen teilweise weit über die Schaffung von Rahmenbedingungen hinaus und griffen in die Arbeit der bürgerschaftlichen Akteure ein. Wenn unter Beachtung der Zuständigkeiten Modellprojekte initiiert würden, sollten sie so angelegt sein, dass im Vordergrund die Bürger und nicht die staatlichen Stellen stehen. Der bap monierte konkret, dass in den vergangenen Jahren im Rahmen von Projektförderung Netzwerkstrukturen aufgebaut wurden, »die keinen Sitz im Leben haben, weil sie einzig wegen des Projekts entstanden sind. Strukturen, die das Engagement fördern, fördern und stützen, sind nötig und auch vorhanden. Diese bürgerschaftlichen Initiativen sind auch schon vernetzt. Für die politische Bildung leistet diese Vernetzung der Bundesausschuss Politische Bildung«.

Abschließend hält der Bundesausschuss fest, dass es nicht darum gehen kann, immer wieder neue Leitziele für Förderinstrumente zu formulieren – wie jetzt etwa mit dem »Leitziel bürgerschaftliches Engagement« vorgeschlagen wurde. Es sei vielmehr erforderlich, sich auf die Ursprünge und Hauptziele solcher Förderinstrumente zu besinnen. Diese Anfrage gilt für den Kinder- und Jugendplan, aber auch für andere Ressorts wie das In-

nenministerium, das die politische Erwachsenenbildung freier Träger durch die Bundeszentrale für politische Bildung fördert. Während von dieser ein neues Netzwerk von Akteuren aus der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit aufgebaut werden sollte, sei das vor-

handene Netzwerk, so der bap (siehe auch: »Bildung und Sparpolitik« in EB 4/10), durch die in den nächsten Jahren vorgesehenen Kürzungen bei der Förderung der bürgerschaftlichen Träger infrage gestellt.

*Johannes Schillo*

## Bildung für die Demokratie

In Sommer 2010 wurde bekannt, dass die Mittel der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) einschneidend gekürzt werden. Wegen der Kürzung, die in Form einer Mittelreduzierung an die freien Träger weitergereicht wurde, und wegen der bedenklichen förderungspolitischen Entwicklung, die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung 2012 bis 2014 fortgeführt werden soll, startete der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) seine Kampagne »Demokratie braucht politische Bildung« (vgl. EB 4/10). Der Rat der Weiterbildung – KAW, das bundesweite Kooperationsgremium der Weiterbildungsträger, erklärte Ende 2010 seine Unterstützung für die Kampagne und gab die Erklärung »Bildung für die Demokratie ist unverzichtbarer Bestandteil von Weiterbildung« ab. Darin heißt es:

»Politische Bildung vermittelt Wissen zum politischen System, Argumentations-, Urteils- und Kritikfähigkeit sowie Partizipationskompetenzen. Sie unterstützt damit Aufbau und Stärkung der Demokratie. Parteübergreifend besteht in der Bundesrepublik Konsens, dass Demokratie auf Zustimmung durch Kenntnis und Teilhabe beruht. In diesem Sinne sieht die politische Bildung eine wichtige Aufgabe in der Befähigung zur eigenen Urteilsbildung und der Unterstützung zum eigenen politischen Engagement. Grundsätzlich gelten hierbei die Prinzipien des Beutelsbacher Konsenses, insbesondere die Teilnehmendenorientierung und die kontroverse Darstellung von strittigen Inhalten und Positionen. Neben dieser Grundlagenarbeit in Form der Befähigung zu einer konstruktiven Auseinandersetzung mit der Politik werden auch neue Formen des demokratischen Streitens und Diskurses angeregt und entwickelt.

Im Rahmen des Bildungssystems in Deutschland ist politische Bildung nicht nur Schulfach oder Aufgabe staatlicher Einrichtungen, sondern gemäß dem Subsidiaritätsprinzip werden viele Veranstaltungen auch von freien Trägern mit ganz unterschiedlicher Tradition und Wertorientierung durchgeführt. Diese Bildungsangebote ordnen sich ein in das Gesamtsystem der Weiterbildung. Sie stellen neben und in Verbindung mit den diversen Angeboten von Persönlichkeitsbildung und beruflicher Bildung eine wichtige Komponente von Demokratie-Bildung dar und sind existenziell für das gesellschaftliche Leben. Viele Entwicklungen des persönlichen und beruflichen Alltags sind nur nachvollziehbar, wenn auch ihre politische Dimension mitgesehen und verstanden wird. Politische Bildung kann dazu beitragen, dass beim Einzelnen nicht das Gefühl entsteht, Entwicklungen hilflos ausgeliefert zu sein: Jede/-r kann selbst einen Beitrag zur Veränderung leisten.

In mehreren Entschließungen hat der Deutsche Bundestag die Bedeutung der politischen Bildung für Gesellschaft und Staat bestätigt. Politische Bildung ist unverzichtbarer Bestandteil von Bildung und Weiterbildung. Wenn die Bundesregierung anstrebt, in Zukunft 10 % des Bruttonettoproduktes für Bildung und Forschung aufzuwenden, dürfen bei der politischen Bildung die Mittel nicht gekürzt werden, sondern müssen steigen. Der Rat der Weiterbildung fordert deshalb die Mitglieder der Bundesregierung auf, dafür zu sorgen, dass in den kommenden Jahren dieser Weiterbildungsbereich durch eine ausreichende Finanzausstattung gestärkt und gefestigt wird.«